

Liestal, 30. April 2019

## Medienmitteilung

### **Bildungsrat lehnt beide Bildungsinitiativen des LVB ab**

**Der Bildungsrat anerkennt und unterstützt ausdrücklich das Ziel einer starken Volksschule mit einem ganzheitlichen Bildungsangebot und guten Rahmenbedingungen für die Umsetzung des Bildungsauftrages. Die beiden Initiativen beurteilt er aber für diesen Zweck als untauglich und empfiehlt daher die Ablehnung.**

#### ***Stopp dem Abbau an öffentlichen Schulen***

Die Initiative will unter anderem die Verantwortung für die Stundentafel der Primar- und Sekundarschule sowie des Gymnasiums zwischen Bildungsrat und Landrat aufteilen. Die Gesamtzahl der Lektionen pro Schulstufe in den handwerklichen, gestalterischen und musischen Fächer soll neu in einem Dekret durch den Landrat und nicht mehr durch den Bildungsrat geregelt werden.

Der Bildungsrat lehnt diese Aufteilung der Zuständigkeit ab, weil es nicht praktikabel ist, dass Änderungen der Stundentafel immer koordiniert durch Bildungsrat und Landrat erfolgen müssen. Wenn die Lektionenzahl für einzelne Fächer bereits vordefiniert ist, fehlen Gestaltungsmöglichkeiten, und Lehrplan und Stundentafel können nicht mehr als Ganzes beurteilt werden. Es ist nach Ansicht des Bildungsrates auch nicht richtig, die Lektionenzahl einzelner Fächer speziell durch den Landrat zu regeln. Damit können auch weitere Begehrlichkeiten und Forderungen für eine Spezialregelung in anderen Fächern geweckt werden. Diese Forderung der Initiative verunmöglicht eine ganzheitliche und auch stufenübergreifend stimmige Stundentafelentwicklung.

#### ***Bildungsressourcen gerecht verteilen***

Der Bildungsrat beurteilt die mit der Initiative geforderten starren Sparregeln als unnötige Einschränkung des Handlungsspielraums von Kanton und Gemeinden. Als erste Massnahme auf überkantonale Bildungsprojekte zu verzichten, kann auch Effizienzgewinne vernichten und durch notwendige Alleingänge wiederum zu Zusatzkosten führen. Deutlich kritisiert der Bildungsrat, dass mit dieser Initiative Schulstufen gegeneinander ausgespielt werden. Steigende Ausgaben auf einer Schulstufe spiegeln immer auch die Bedürfnisse der Bevölkerung wider. Es ist daher falsch, ein «Verursacherprinzip» einzuführen, um Sparbeträge zuzuweisen. Das Bildungssystem muss immer als Ganzes gesteuert und weiterentwickelt werden.

Der Bildungsrat empfiehlt daher beide Bildungsinitiativen zur Ablehnung.

#### **Auskunft:**

Dr. Rolf Knechtli, Vize-Präsident Bildungsrat, Tel. 079 688 59 35

Regierungspräsidentin Monica Gschwind, Präsidentin Bildungsrat (Vermittlung über Monique Juillerat, Leiterin Kommunikation BKSD, Tel. 061 552 54 91)

#### **Links**

<https://www.baselland.ch/politik-und-behorden/direktionen/bildungs-kultur-und-sportdirektion/bildung/gremien/bildungsrat>